

Quelle: <http://www.radiobremen.de/politik/themen/abgeordnete-nebeneinkuenfte100.html>

Mehr Transparenz

Bremer Politiker sollen Nebeneinkünfte angeben

Hier ein Vortrag, da eine Beratung: Politiker gehen neben ihrem Mandat durchaus noch anderen Tätigkeiten nach. Die Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft sollen künftig auf den Cent genau Auskunft über Nebentätigkeiten geben. Das sieht ein Antrag von SPD und Grünen vor, der jedoch bei einer Fraktion nicht vollends auf Zustimmung trifft. Bremen könnte mit der Regelung Vorreiter in Sachen Transparenz werden – zumindest auf dem Papier.



Quelle: Bremische Bürgerschaft

Neue Regelung in Bremen: Wenn die Bürgerschaft dem Antrag der Fraktionen von SPD und Grünen zustimmt, müssen Bremer Politiker in Zukunft genau angeben, von wem sie wie viel Geld für Nebentätigkeiten erhalten haben.

Lange Zeit waren Nebeneinkünfte von Politikern kein Thema. 2012 sorgten horrende Vortragshonorare von Peer Steinbrück für Aufsehen. Der SPD-Politiker kassierte zum Teil für Reden oder Vorträge 20.000 Euro und mehr. "Uns geht es darum, dass wir Abgeordnete und auch die Bevölkerung einen Anspruch haben zu wissen, wer da im Parlament sitzt und welchen Lobbygruppen derjenige womöglich verpflichtet ist", sagt Matthias Koch, Sprecher der SPD-Fraktion, zur geplanten Regelung. Sie diene der Vorbeugung, weil "die Nebeneinkünfte dann ja ganz offen einsehbar wären", erklärt Koch.

Bremer Abgeordnete sind Halbtagsparlamentarier

Im Internet kann schon jetzt jeder nachlesen, welchen Hauptberuf Bremer Parlamentarier neben ihrem Mandat ausüben. Die Bremische Bürgerschaft ist offiziell ein Halbtagsparlament, weshalb viele Abgeordnete noch in ihren Hauptberufen weiterarbeiten. Was sie dort verdienen, ist ihre private Angelegenheit.

Neu wäre neben der Angabe von Nebeneinkünften aus Vortragstätigkeiten oder als Mitglied in einem Aufsichtsrat: Die Abgeordneten sollen auch transparent machen, wo sie in Zusammenhang mit ihrer politischen Arbeit Vergünstigungen erhalten. "In diesem Ausmaß gibt es so eine Regelung bislang noch nicht", sagt Gregor Hackmack, Sprecher des Internetportals Abgeordnetenwatch.de. Er hat jedoch Zweifel an der Wirkung der neuen Regelung: "Schauen wir mal, wie viel Transparenz das tatsächlich bringt, aber das ist auf jeden Fall schon mal der richtige Schritt."

Keine Sanktionen bei Verstößen

Die Regelung ist zwar für Abgeordnete bindend, aber wer sich weigert, muss keine Strafen fürchten. "Sanktionsmöglichkeiten sind nicht vorgesehen. Was sollen wir machen? Wir können den Abgeordneten nicht das Mandat entziehen", meint Bürgerschaftspräsident Christian Weber (SPD). Bei einem Verstoß würde er die Person erst einmal anhören. "Lässt sich das nicht klären, wird das öffentlich in der Sitzung mitgeteilt, das Parlament unterrichtet und Öffentlichkeit und Medien erfahren davon – das will sicherlich kein Abgeordneter."

Angst vor politischem und öffentlichem Druck sorgt auch aus Sicht von Hackmack dafür, dass sich die Politiker an die Regelung halten. Aber er sieht durchaus noch Möglichkeiten, Fehlritte abzustrafen: "Klar kann man Sanktionen einführen wie eine Strafgebühr. Das ist nicht nur möglich, sondern auch sinnvoll, weil sonst die Disziplin schleift. Wenn jedes Falschparken geahndet wird, sollte auch sowas bestraft werden."

FDP gegen genaue Angabe der Nebeneinkünfte

Die FDP hat einen eigenen Antrag erarbeitet, obwohl dieser in fast allen Punkten mit der Vorlage von Rot-Grün übereinstimmt. Die Bremer Liberalen stören sich vor allem an der genauen Angabe der Nebeneinkünfte und Auftraggeber. Der Grund: Die FDP fürchtet, dass so Auftraggeber abgeschreckt werden könnten, wenn die Summe auf den Cent genau online auf der Seite der Bürgerschaft veröffentlicht wird. Sie wollen deshalb nur eine Angabe der Gesamtsumme der Nebeneinkünfte und diese in Staffeln, die keinen Aufschluss über die genauen Nebeneinkünfte der Parlamentarier geben. "Die Motivation der FDP ist verständlich", meint der Gründer von Abgeordnetenwatch.de, "schließlich ist sie die Partei mit den meisten Lobbyisten in ihren Reihen und will ihre Klientel schützen."

Die FDP wird sich der detaillierten Auflistung wohl fügen müssen. Auch die CDU und die Linke unterstützen den Antrag von SPD und Grünen, der voraussichtlich noch Ende Februar beschlossen wird.

Nachricht zum Thema:

[Abgeordnete sollen Nebeneinkünfte offenlegen](#)

11. Februar 2016